

Juli 2024

Der Ausgang der Präsidentschaftswahl in Ruanda am 15. Juli 2024 war bereits im Vorfeld abzusehen. Präsident Paul Kagame, der mit der *Rwandan Patriotic Front* (RPF) seit 2000 an der Macht ist, tritt nun seine vierte Amtszeit an. Das endgültige Ergebnis zeigt, dass er 99,18 % der Stimmen auf sich vereinen konnte. Damit sind die 98,79 %, die er 2017 erreicht hatte, nochmals übertroffen.

Solch ein Ergebnis sollte dahingehend eingeordnet werden, dass Kagame und seine Partei sowohl die wichtigsten Institutionen des Landes als auch den medialen und öffentlichen Diskurs kontrollieren und somit keine ernsthafte Konkurrenz zu befürchten war. Die Wahlen fanden wiederholt in einem Kontext statt, welcher durch weitreichende politische Repressionen sowie eingeschränkte Meinungs- und Pressefreiheit gekennzeichnet ist.

So wurde im Vorfeld der Wahlen die politische Opposition systematisch unterbunden. Oppositionsparteien und Kandidat*innen hatten kaum eine Chance, sich frei zu organisieren oder ihre Programme zu präsentieren. Zahlreiche Berichte dokumentieren die Verhaftung und Einschüchterung politischer Gegner*innen sowie die Zerschlagung politischer Bewegungen, die eine ernsthafte Herausforderung für Kagames Herrschaft hätten darstellen können. Mehrere Oppositionsvertreter*innen wurden von der Wahlkommission nicht als Kandidat*innen zugelassen. Neben Kagame traten nur zwei der ursprünglich acht weiteren Präsidentschaftskandidat*innen an. Nach Auswertung der Wahlergebnisse erhielten diese zwei Kandidaten jedoch unter 1% der Stimmen. Der Vorsitzende der *Democratic Green Party of Rwanda* (DGPR), Frank Habineza, erhielt 0,5% gegenüber 0,32% für den unabhängigen Philippe Mpayimana.

Recherchen und Berichten zufolge, ist die Kontrolle des öffentlichen Diskurses im Land inzwischen sehr ausgefeilt. Demnach nutze die RPF während ihres Wahlkampfes unter anderem Künstliche Intelligenz (KI), um die öffentliche Meinung in sozialen Medien zu beeinflussen. Berichte zeigen, dass vermeintliche Unterstützer*innen der Regierung, die ihre positive Meinung äußerten, in Wirklichkeit KI-generierte Posts waren. Diese meist positiven Beiträge wurden verwendet, um eine einseitige Darstellung der politischen Lage zu erzeugen und die Wahrnehmung zugunsten der Regierung zu manipulieren.

Die Medienlandschaft in Ruanda ist seit Jahren stark kontrolliert und kritische Berichterstatter*innen sehen sich Diffamierungskampagnen und anderen Repressionen ausgesetzt. Auch gibt es einige Fälle von Journalist*innen, die auf fragwürdige Weise verschwunden oder umgekommen sind. Diese repressive Medienumgebung hat eine abschreckende Wirkung auf andere, sodass Berichterstatter*innen häufig Selbstzensur betreiben, wodurch kein freier Informationsfluss im Land vorhanden ist.

Während Kagame von vielen Seiten für die wirtschaftliche Stabilität und den Wiederaufbau des Landes nach dem Völkermord von 1994 gelobt wird, dokumentieren Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Human Rights Watch regelmäßig schwere Menschenrechtsverletzungen. Darunter fallen willkürliche Festnahmen, Misshandlungen, Folter und erzwungenes „Verschwindenlassen“ von Personen, die in ihrer Haltung als kritisch gegenüber der Regierung angesehen werden können. Diese Praktiken stehen im Widerspruch zu internationalen Menschenrechtsstandards und demokratischen Prinzipien, die das Land unterzeichnet hat. Auch die logistische, finanzielle und materielle Unterstützung, die Ruanda laut UN-Berichten

der „Bewegung des 23. März“ (M23) im Konflikt im Osten der DR Kongo zukommen lässt, spricht gegen sämtliche Menschenrechtsprinzipien und internationale Konventionen. Der Konflikt führte bislang zu knapp sieben Millionen Vertriebenen und regelmäßig werden gewaltvolle Übergriffe auf die Zivilbevölkerung gemeldet. Ruanda spielt auch im illegalen Abbau von und Handel mit mineralischen Rohstoffen aus dem Osten der DR Kongo eine tragende Rolle. Recherchen von Expert*innen zufolge ist es erwiesen, dass begehrte Rohstoffe über die Grenzen nach Ruanda und Uganda geschmuggelt und von dort aus weiterverkauft werden.

Die Kontinuität von Kagames Herrschaft ist aufgrund eines Referendums möglich, welches im Jahr 2015 eine umstrittene Verfassungsänderung ermöglichte. Die ursprüngliche Beschränkung der Amtszeit wurde aufgehoben und erlaubt Kagame, theoretisch bis 2034 das Amt des Präsidenten innezuhaben. Internationale Beobachter*innen haben diese Verfassungsänderung kritisiert, da sie die demokratische Entwicklung untergräbt und eine Machtkonzentration in den Händen einer einzigen Person fördert.

Angesichts dieser Entwicklungen und mit Blick auf die Situation während der Wahlen fordern wir die Bundesregierung auf, sich bei Gesprächen mit ruandischen Politiker*innen und Diplomat*innen sowie innerhalb der Europäischen Union kritisch zu folgenden Punkten zu äußern:

- Ruanda gilt für viele westliche Geldgeber als Stabilitätsanker für die ansonsten fragile Region der Großen Seen. Diplomat*innen und Politiker*innen betonen immer wieder die wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität des Landes, die es reizvoll und attraktiv für Investor*innen macht. Herausforderungen, wie immer stärker werdende autoritäre Strukturen, fehlende Opposition, fragwürdige Rechtsprechungen, sowie eingeschränkte Medienlandschaft, Meinungs- und Versammlungsfreiheit und dokumentierte Menschenrechtsverletzungen, sollten ebenfalls berücksichtigt werden.
- Die Bundesregierung sollte sich im Dialog mit der Regierung Ruandas dafür einsetzen, dass unterzeichnete Menschenrechtskonventionen respektiert und umgesetzt werden. Demokratische Prinzipien, einschließlich Einhaltung von Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sollten oberste Priorität haben und nicht den machtpolitischen Interessen geopfert werden.
- Bestehende Gesetzgebungen dürfen nicht genutzt werden, um die Meinungsfreiheit einzuschränken, die Opposition zu unterdrücken und kritische Stimmen zu kriminalisieren. Gesetze dürfen nicht zu allgemein gefasst sein und müssen näher definieren, was strafbar ist, sodass nicht willkürlich jegliche Kritik an der Regierung als Straftat ausgelegt werden kann.
- Angesichts der dramatischen Lage im Ostkongo und der Gefahr eines sich ausufernden Krieges sollte auf allen politischen und diplomatischen Ebenen Anstrengungen unternommen werden, dass Ruanda die finanzielle und logistische Unterstützung der M23 beendet.

Die Ergebnisse der jüngsten Wahl sowie die Kontinuität der Regierung Paul Kagames machen die dringende Notwendigkeit deutlich, die Etablierung von demokratischen und pluralistischen Prinzipien in Ruanda zu fördern und zu schützen.